

REFERATEKONFERENZ

Protokoll

160. Sitzung

Heidelberg, Dienstag, den 14. Mai 2019

- öffentlicher Teil -

Inhalt:

1	Zur Tagesordnung.....	4	6.2	Diskussion zur Mittelvergabe der Referate für den Posten 621 (Unterstützung studentischer Projekte und Gruppen).....	6
2	Genehmigung von Protokollen.....	4	6.3	Verfahren für Zuschüsse der Referate aus dem Haushaltsposten 621 - Unterstützung studentische Projekte und Gruppen	7
3	Nicht öffentlich.....	4	6.4	Änderung des Beschlusses zur Filmvorführung „Leiden-schafft“.....	8
4	Postfachantrag.....	4	7	Verfahrensantrag – Unterstützung des Wahlausschusses durch FS.....	9
5	Diskussionen	5	8	Sonstiges	10
5.1	Antirassimusfestival	5			
6	Finanzanträge	5			
6.1	Antrag zur Anschaffung von TV-L Literatur	5			

Verzeichnis der anwesenden Mitglieder:

Sitzungsleitung

Leon P. Köpfler

Schriftführung:

Florian Weiss

Kulturreferat*:

Markus Baldermann

Referat für Lehre und Lernen*:

(nicht anwesend)

Vorsitz der Studierendenschaft*:

Leon P. Köpfler

Referat für Öffentlichkeitsarbeit*:

Helene Schröter

EDV-Referat*:

Harald Nikolaus

Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit*:

(nicht anwesend)

Finanzreferat*:

Florian Weiss

Referat für Politische Bildung*:

(nicht anwesend)

Referat für Hochschulpolitische Vernetzung

(Außen)*:

(nicht anwesend)

QSM-Referat*:

Philipp Strehlow

Referat für Internationale Studierende*:

(nicht anwesend)

Referat für Rechtsfragen*:

Cristina Henriques Martins

Referat für Konstitution &

Gremienkoordination*:

(nicht anwesend)

Referat für Soziales*:

(nicht anwesend)

Studierendenwerksreferat*:

Julia Brecht

Referat für Verkehr*:

(nicht anwesend)

Gesundheitsreferat

(Studierende mit Behinderung oder chronischer
Erkrankung):

Valentina Schmidt

Queerreferat

(Betroffene sexualitäts-bezogener
Diskriminierung):

(nicht anwesend)

RBD-Referat

(Betroffene aufgrund von Rassismus und
Diskriminierung aufgrund kultureller
Zuschreibungen):

Mithily Masilamany

IT's FuN-Referat

Autonomes Inter*, Trans*, Frauen* - und
Non-Binary Referat
gegen geschlechterspezifische Diskriminierung

Michèle Fein

Sitzungsleitung des StuRa:

(nicht anwesend)

VS-Mitglied im Senat:

Markus Baldermann

*Bei Abstimmungen über Verfahrens- und Geschäftsordnungsangelegenheiten besitzen alle Vorstehenden (auch bei mehrfacher Nennung) eine Stimme. Bei allen anderen Angelegenheiten besitzen die mit * gekennzeichneten Institutionen je eine Stimme, die durch anwesende Vertreter abgegeben werden, bei Uneinigkeit unter mehreren anwesenden Vertretern wird die Stimmabgabe als Enthaltung gezählt.*

Personalrat:

Tenko Bauer

Verzeichnis der anwesenden Gäste:

(keine)

Beginn des öffentlichen Teils: 17:00 Uhr

1 Zur Tagesordnung

Feststellung der Beschlussfähigkeit.

2 Genehmigung von Protokollen

Es liegen folgende Protokolle zur Bestätigung vor:

- Protokoll vom 02. Mai 2019 (öffentlicher Teil).

Protokolle sind genehmigt, wenn keine Einwände in der Sitzung vorliegen oder vorgebracht werden.

3 Nicht öffentlich

Beginn des nichtöffentlichen Teils: 18:06 Uhr

Kurz Zusammenfassung der für die Öffentlichkeit relevanten Inhalte:

- *Personalfragen*
- *Aufbau der VS*
- *Kommunikation und Verfahren mit der Universität*

Es gibt ein extra Protokoll für den nicht öffentlichen Teil.

Ende des nichtöffentlichen Teils: 19:57 Uhr

4 Postfachantrag

Das Organisationsteams von Pro Bono Heidelberg Studentische Rechtsberatung e.V. beantragt gerne für den Verein ein Post- sowie ein Schließfach (zur Aufbewahrung von Banner und Flyern) beantragen.

Wir haben sowohl ein freies Postfach als auch Schließfach.

→ angenommen (bei Enthaltungen)

5 Diskussionen

5.1 Antirassimusfestival

Mithily bittet um Mitarbeit/ Hilfe, und fragt zur Finanzierung eines Projektes

→ vertagt

6 Finanzanträge

6.1 Antrag zur Anschaffung von TV-L Literatur

Antragstellerin: Tenko - Personalrätin

Antragsart: Finanzantrag

Antragstext: Es werden folgende zwei Bücher angeschafft:

<https://www.beck-shop.de/burger-hrsg-tvoed-tv-l/product/15446361>

<https://www.walhalla.de/%C3%B6ffentlicher-dienst-&-verwaltung/tv-l-kommentar-2019.produkt.html>

Gesamtkosten: 130,95€ plus Versandkosten [max. 10€]

Haushaltsposten: 512 – Bibliothek und Archiv

Hiermit wird gemäß §44 Abs. 1 LPVG BaWü*1 beantragt, Tenko, André und Kirsten für das Besuchen der von der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) für die Personalvertretung der VS regelmäßig montags (genaue Termine werden mit dem Vorsitz abgestimmt) durchgeführten Grundlagenseminare zur Personalratsarbeit von ihrer Dienstpflicht freizustellen. Die Kosten der Seminare trägt die Dienststelle gemäß §41 Abs. 1, Satz 1 LPVG BaWü*2.

Begründung des Antrags:

Der Kommentar zum Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) hat für die Einführung und erste Arbeit des Personalrats unschätzbar wertvolle Dienste geleistet. Da wir uns in Personalfragen auch immer wieder mit der Frage „was steht/wie sieht das im TV-L [Tarifvertrag der Länder, der gilt für uns]?“ beschäftigen, wird hier für die Erfüllung der Personalratsarbeit eine Anschaffung von Kommentaren für den TV-L beantragt. Bisher hat die VS nur einen kleinen Ratgeber den Tenko 2014 angeschleppt hat, der ist aber im Grunde nur ein nettes kleines FAQ und ist obendrein veraltet.

Die Nutzung der beiden Kommentare stünde natürlich, da sie in der StuRa-Bibliothek dann stehen würden, auch allen interessierten Studierenden und den Referent*innen und weiteren Aktiven offen. 😊

→ angenommen (bei zwei Enthaltungen)

6.2 Diskussion zur Mittelvergabe der Referate für den Posten 621 (Unterstützung studentischer Projekte und Gruppen)

Antragssteller:

QSM-Referat

Diskussionsanstoß

Es ist mittlerweile allgemein bekannt, dass der besagte Haushaltsposten 621 bald erschöpft ist. Aus diesem Grund werden Anträge, die sich an diesen Posten richten sowohl im StuRa, als auch in der RefKonf eher selten (in der beantragten Höhe) bewilligt. Gleichzeitig ist es möglich, dass die Referate studentischen Gruppen oder Initiativen Zuschüsse für deren Projekte zukommen lassen können, sofern diese in ihren Aufgabenbereich fallen. Diese Zuschüsse beziehen sich in der Regel aber ebenfalls auf den besagten Haushaltsposten 621.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob für den Rest dieses Haushaltsjahres die Praxis der Referate, autonom Zuschüsse zu vergeben, beschränkt werden sollte. Ohne eine solche Einschränkung wird es dazu kommen, dass sich der jetzt schon knappe Spielraum des StuRa bei der Vergabe von Geldern weiter einengt, allerdings ohne dass dieser davon Kenntnis nimmt (da die Mitglieder die Zuschussvergabe der Referate nicht einsehen können). Dazu kann es im Zweifel dazu kommen, dass der Haushaltsposten durch parallele Entscheidungen (z.B. innerhalb von 2-3 Wochen) des StuRa und einzelner Referate überreizt wird. Das wäre vor allem dadurch ein Problem, da dieser Haushaltsposten laut aktueller Finanzordnung nicht durch andere posten deckungsfähig ist.

Daneben ist es auch für die Referate nur schwer abzuschätzen wie groß ihr Spielraum Zuschüsse zu vergeben noch ist, da auch sie sich nur recht aufwendig einen Überblick über den Finanzstand des Postens 621 verschaffen können.

Es soll daher der oben vorgeschlagene Lösungsansatz – den Referaten wird (durch die RefKonf?) für den Rest des Haushaltsjahres die Möglichkeit autonom Zuschüsse zu vergeben eingeschränkt – diskutiert werden.

Alternativ kann man auch darüber nachdenken, dass die Referate alle (nicht nur ab 200€) beschlossenen Ausgaben, welche sich auf Posten 621 beziehen dem Finanzreferat anzeigen und dieses den StuRa über die Gesamtsumme der getätigten Zuschüsse in der jeweils nächsten Sitzung informiert.

Weitere Vorschläge können sehr gern in der Sitzung diskutiert werden.

Das Ergebnis der Diskussion sollte, wenn möglich, direkt in einem Verfahrens Antrag beschlossen und allen Referaten mitgeteilt werden.

Begründung des Antrags:

Das meiste steht schon in der Diskussion. Ich möchte allerdings auch noch hervorheben, dass die Zeit hier in einem gewissen Sinn drängt, da sowohl StuRa als auch die Referate weiter Gelder beschließen und der „worst case“ (der Topf ist überreizt, ohne dass wir es mitbekommen haben) näher rückt.

Diskussion: siehe unten!

6.3 Verfahren für Zuschüsse der Referate aus dem Haushaltsposten 621 - Unterstützung studentische Projekte und Gruppen

Antragssteller:

QSM - Referat

Antragstext:

Der Antragstext besteht aus dem Ergebnis des Diskussions-TOPs zu diesem Thema

Begründung des Antrags:

Der Posten 621 ist bald ausgereizt und nicht automatisch durch andere Posten deckungsfähig. Gleichzeitig haben 2 verschiedene Gremien (StuRa und Referate) die Möglichkeit aus diesem Posten Gelder zu vergeben. Problematisch hieran ist, dass sie dies in der Regel ohne Kenntnis der Handlungen des anderen tun. Die hier getroffene Regelung soll dieses Problem abmildern und eine (ungewollte) Überreizung des Haushaltspostens verhindern.

Diskussion:

Philipp: Referate geben trotzdem Geld aus, dass aus diesem Topf kommt. 2 Lösungen:

- 1) Durch die Finanzordnung wurde bereits die Freiheit der Referate eingeschränkt (nur noch 400€), dieses könnte man noch weiter senken
- 2) ALLE Ausgaben aus diesem Topf mit dem Finanzreferat absprechen

Leon: Viele Gegenmaßnahmen sind bereits in die neue Fassung der Finanzordnung geflossen (siehe Senkung der Beschlussgrenze z.B.). Es müssen keine neuen Strukturen erstellt werden, sondern bestehende müssen angewandt werden.

Tenke: Es wurde letztes Jahr nach dem Kassenschluss im Sommer 2018 eine Rechnung durchgeführt (von Cristina), um feste Zahlen zu haben. Diese Rechnung sollte für dieses Jahr wieder gemacht werden.

Markus: Könnte man nicht die Beschlussdatenbank dafür nutzen, um dem StuRa klar zu machen, was die Referenten eigentlich machen.

Matthias: Sind Deckungsbeschlüsse nicht ausreichend für die Knappheit?

A (Tenko): Wir haben insgesamt zu wenig Geld.

Philipp: 1) 2018 hat der StuRa keine Beschlüsse in die Datenbank gegeben.

2) Die Größe des Posten wird immer unterschiedlich dargestellt. Und welcher Beschluss würde bei Überziehung dann gestrichen werden.

Tenko: Man könnte einen Beschluss fassen, nachdem zu einem festen Zeitpunkt alle zu alten Beschlüsse abgelehnt werden.

Leon: Dinge die zu alt sind können schwer vermieden werden, ohne einen drastischen wie von Tenko genannten Weg einzuschlagen. Für alles kommende wäre es eine Lösung, festzulegen, dass ALLE Finanzbeschlüsse in die Datenbank eingetragen werden.

Cristina: Jetzt haben wir zwar die „8-Monate-Regel“, davor war aber nur eine „soll“-Regelung, weswegen wir nicht zu dramatische Maßnahmen ergreifen sollten.

Tenko: Das Finanzteam wird sich um die Umsetzung bezüglich der Beschlussdatenbank kümmern.

Fazit:

1. Das Finanzteam wird sich darum kümmern, dass zukünftig zwingend alle Beschlüsse der zentralen Ebene in die Beschlussdatenbank eingetragen werden!
2. Das Finanzteam (ggf. ein Finanzmitarbeiter) wird ausrechnen wie viel Geld noch in dem Haushaltsposten drin stecken.

→ **angenommen (einstimmig)**

6.4 Änderung des Beschlusses zur Filmvorführung „Leiden-schafft“

Antragstext:

Die Refkonf möge beschließen, den 'Finanzbeschluss 26-02-2019/7.4 Filmvorführung „Leiden-schafft“ und anschließendes Gespräch mit dem Regisseur' (Finanzvolumen 680 €) abzuändern und als Datum der Veranstaltung den 12.06. festzuhalten.

Begründung:

Der ursprünglich geplante Termin war zunächst während der Semesterferien. Dies hat zunächst zu Schwierigkeiten geführt, geeignete Räume zu finden und darüber hinaus den Nachteil, dass viele interessierte zugezogene Studierende nicht in Heidelberg sondern bei ihren Familien, im Urlaub, auf Exkursionen oder Ähnlichem sind. Daher haben wir uns entschlossen, die Veranstaltung auf den 12.06. zu legen. So hoffen wir auf ein größeres Publikum. Ansonsten wird auf den Beschluss vom 26.02.2019 verwiesen.

→ angenommen (einstimmig)

7 Verfahrensantrag – Unterstützung des Wahlausschusses durch FS

Klarstellung:

„Er (der Wahlausschuss) wird bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben von den Studienfachschaften, insbesondere von deren Fachschaftsräten, unterstützt.“ (§ 44 Abs. 2 S. 3 OrgS (neu))
Dabei handelt es sich insbesondere und in erster Linie um den Aushang von Wahlbekanntmachungen, aber auch Aufrufe für Wahlhelfer, Bekanntmachungen der Listen, etc. pp. Es ist unbedingt notwendig, dass die Fachschaftsrät diese Aufgaben zuverlässig und zeitnah erfüllen.

Antragstext:

Entstehen der VS dadurch Kosten, dass eine oder mehrere Fachschaften die oben beschriebenen Aufgaben nicht erfüllen, insbesondere weil die Bekanntmachung einer Wahl oder Urabstimmung nicht ordnungsgemäß erfolgt ist und die Wahl oder Urabstimmung deshalb erfolgreich angefochten wird und wiederholt werden muss, so werden die entstandenen Mehrkosten auf die verursachende(n) Fachschaft(en) umgelegt.
Der Wahlausschuss hat zu kontrollieren, dass die Wahlbekanntmachung bei den Fachschaften ankommt und ausgehängt wird.

Begründung:

Das Vorstehende ist als worst-case-Szenario vorgesehen! Es handelt sich insbesondere um eine Botschaft, dass es eben nicht egal ist, ob man so wichtige Angelegenheiten erledigt, und am Ende ist dann der Wahlausschusses Schuld. In keinem Fall sollen den FS gleich eine Pistole vorgehalten werden. Diese werden *noch einmal* persönlich angeschrieben. Die Bekanntmachungen ein zweites Mal verschickt. Wir weisen noch mehrfach freundlich daraufhin.

Diskussion:

Cristina: Da der Wahlausschuss bereits so viel Geld bekommt, sollten Grundlegende Dinge (wie Probleme, die einen Anfechtungsgrund liefern) die Aufgabe des Wahlausschusses sein.

Leon: Es ist nicht die Aufgabe des Wahlausschusses. Es sind dieses Jahr 3 Wahlen, bei denen das notwendig wäre. Der Wahlausschuss ist nicht dafür verantwortlich, so funktionieren Hierarchien. Außerdem muss nur in den einzelnen Fakultäten ausgehängt werden. Sollten die Fachschaften es nicht schaffen, festgelegten Auflagen nicht nachzukommen, kann es nicht sein, dass wir auf zentraler Ebene diese Defizite decken müssen.

Cristina: Frage: Was passiert, wenn eine Fachschaft NICHT korrekt in Kenntnis gesetzt wurde? Die Fachschaften müssen Werben, und ausschreiben, aber der Wahlausschuss muss kontrollieren. Es gibt immer Fälle, in denen bspw. die Post mehrmals verliert.

Philipp: Was macht man mit Fachschaften die zu klein sind, und sich nicht die Kosten für eine Urabstimmung o.ä. leisten können.

→ angenommen (3/2 /4)

8 Sonstiges

Ende der Sitzung:

21:27 Uhr

Heidelberg, den 14. Mai 2019

genehmigt am 28. Mai 2019

gez. Florian Weiss & Leon P. Köpfler